

Das Ende des Hoffnungsträgers?

ERMITTLUNGEN Die SPD stellt sich hinter Joachim Wolbergs. Landespolitiker rechnen damit, dass der OB die Vorwürfe rasch entkräften wird.

VON CHRISTINE SCHRÖPF, MZ

MÜNCHEN. Die Nachricht von den Ermittlungen gegen den Regensburger Oberbürgermeister Joachim Wolbergs verbreitete sich am Dienstag in Minutenschnelle auch in München. Die ernstesten Mienen der SPD-Abgeordneten im Landtag sprachen Bände. Wolbergs galt als Sympathie- und Hoffnungsträger der bayerischen SPD, hatte sich seit seiner Wahl zum OB im Jahr 2014 auf Landesebene als feste Größe etabliert. Speziell mit seiner offenen, pragmatischen Flüchtlingspolitik hat er sich Anerkennung verschafft. Seine hohen Beliebtheitswerte bei Bürgern wurden zuletzt durch eine Umfrage der Mittelbayerischen Zeitung dokumentiert. Er eroberte in dieser Kategorie den Spitzenplatz.

Vom Ende eines Hoffnungsträgers aber will bisher niemand reden. Der Oberpfälzer SPD-Vorsitzende Franz Schindler, auch Vorsitzender des Rechtsausschusses im Maximilianeum, stellte sich gestern schützend vor Wolbergs. „Ich halte ihn für klug genug und so integer, dass man keine Angst haben muss.“ Der Wunsch nach juristischer Aufklärung des Sachverhalts sei zudem vom SPD-Landesverband selbst gekommen, sagte er. „Nicht durch einen Whistleblower. Da wäre ich mehr beunruhigt.“

Schindler: nur Anfangsverdacht

Der Verdacht gegen Wolbergs: Vorteilsnahme beziehungsweise Vorteilsgewährung wegen Spenden von drei Regensburger Immobilienunternehmen in Höhe von 500 000 Euro, die seit 2013 an den SPD-Ortsverein Regensburg Süd geflossen sein sollen. Wolbergs ist dort Ortsvorsitzender. „Ich glaube nicht, dass der Oberbürgermeister in eine rechtliche Falle gestolpert ist. Ich sehe auch noch keinen Straftatbestand erfüllt“, sagt Schindler. Es gebe lediglich einen Anfangsverdacht, der nun von der Justiz sauber aufgeklärt werde. „Das bedeutet noch lange keine Verurteilung.“ Spenden in großer Höhe seien nicht per se anfechtbar. Sie seien auch ordnungsgemäß im Rechenschaftsbericht der Partei ausgewiesen worden.

Tatsächlich hatte der Schatzmeister des SPD-Landesvorstandes die Sache ins Rollen gebracht, wie die bayerische SPD-Generalsekretärin und Landtagsabgeordnete Natascha Kohnen bestätigte. „Ich habe erfahren, dass der SPD-Landesschatzmeister Thomas Goger, der gleichzeitig Staatsanwalt ist, den Sachverhalt auf dem Dienstweg weitergegeben hat. Als Staatsanwalt hat er sich rechtlich dazu verpflichtet gesehen, einen möglichen Verstoß nicht für sich zu behalten.“ Sie sei bisher über Details nicht informiert, sagt sie am späten Nachmittag am Rande des Landtagsplenums. Sie setze darauf, dass Wolbergs nun für schnelle Aufklärung sorgt. „Ich halte ihn für einen kompetenten Kommunalpolitiker. Deshalb muss ihm daran gelegen sein, das möglichst schnell klar zu ziehen.“

CSU und FW halten sich zurück

Kohnen war wie die übrige SPD-Landtagsfraktion von den Ermittlungen nach eigenen Worten völlig überrascht worden. „Wir sind alle baff.“ Ähnlich hatte die SPD-Abgeordnete und Regensburger SPD-Stadtverbandsvorsitzende Margit Wild reagiert. Auch sie wisse keine Hintergründe. „Das entzieht sich meiner Kenntnis.“ Sie pochte aber darauf, dass für Wolbergs die Unschuldsvermutung gilt. Die CSU reagierte zunächst verhalten.



Der Regensburger OB Joachim Wolbergs ist Ziel von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Foto: Stadt Regensburg

KOMMENTAR

VON ERNST WALLER, MZ



Enormer Schaden

Auch für einen Politiker gilt die Unschuldsvermutung: Es besteht ein Anfangsverdacht gegen OB Joachim Wolbergs, mehr nicht. Die Vorwürfe gegen den Regensburger Kommunalpolitiker wiegen aber schwer und viele Fragen sind derzeit offen.

500 000 Euro sind wahrlich kein Pappenstiel. Wieso wurde die gewaltige Summe aufgestückt? Auch müsste dem OB doch klar gewesen sein, dass die 500 000-Euro-Spenden von Immobilienfirmen gleich reihenweise Fragen aufwerfen. Wieso sorgte er nicht selbst schon früh für Transparenz und Offenheit, wie es bisher immer sein Stil war, und ging an die Öffentlichkeit? Wer wusste noch von den Spenden? Es ist kaum vorstellbar, dass nur der Oberbürgermeister in seiner Eigenschaft als SPD-Vorsitzender im Stadtsüden Kenntnis von den Spenden hatte und sonst niemand. Und wenn ja, hätte das einen seltsamen Beigeschmack. OB Wolbergs täte gut daran, nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern offensiv aufzutreten und alle Fragen rasch zu beantworten – in seinem Sinne und im Sinne der Stadt. Sonst droht ein möglicherweise monatelanges Gezerre. Genau daran kann aber niemandem gelegen sein.

Egal, was die Ermittlungen am Ende ans Tageslicht bringen: Der Imageschaden ist jetzt schon groß – für OB Wolbergs, die SPD und auch für die Stadt Regensburg.

AKTUELL IM NETZ

Sehen Sie mehr!



Bilder, Videos und Hintergründe zum Thema finden Sie bei uns im Internet: www.mittelbayerische.de/regensburg

FLICK, ZWICK, AMIGO UND CDU – ANDERE SPENDEN-AFFÄREN



► **Flick-Affäre:** Der Flick-Konzern zahlte in den 1980er Jahren verdeckt Parteispenden. 1987 wurden Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch (im Bild) sowie die ehemaligen Wirtschaftsminister Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff (beide FDP) aber lediglich wegen Steuerhinterziehung bzw. Beihilfe verurteilt. Eine Beeinflussung politischer Entscheidungen durch die Geldzahlungen ließ sich nicht nachweisen.



► **Zwick-Affäre:** Die Steueraffäre reicht bis in die 70er Jahre zurück. „Bäderkönig“ Eduard Zwick (Foto r.), ein enger Freund von Franz Josef Strauß, bezahlte über Jahre trotz großer Gewinne fast keine Einkommen- und Vermögenssteuer. Der frühere Finanzminister Gerold Tandler (CSU) trat später wegen angeblicher Verstrickung in die Affäre von seinem Amt als CSU-Vize zurück. Tandler hatte von Zwick ein Darlehen erhalten.



► **Amigo-Affäre:** 1993 wurde bekannt, dass Ministerpräsident Max Streibl während seiner Zeit als Finanzminister Zuwendungen von Industrieunternehmen erhalten hatte und sich im Gegenzug im Verteidigungsministerium für deren Interessen einsetzte. Streibl wies zunächst alle Vorwürfe als „Hetzkampagne“ zurück und fragte, ob es in der CSU eine Schande sei, Freunde zu haben? Kurz darauf musste er zurücktreten.



► **CDU-Spendenaffäre:** 1999 wurde die illegale Spendenpraxis der CDU in den 1990er-Jahren unter dem früheren Bundeskanzler Helmut Kohl aufgedeckt. Kohl gab später verdeckte Spenden an die CDU in Höhe von 2,1 Millionen Mark zu. Die Namen der Spender nennt er bis heute nicht. In die Affäre waren Politiker und Institutionen verwickelt, darunter Wolfgang Schäuble, Max Strauß, Roland Koch und Süßwarenfabrikant Ferrero.

Der Landtagsabgeordnete und Regensburger Kreisvorsitzende Franz Rieger sprach in Konjunktiven. Er hoffe, dass die Vorwürfe nicht zutreffen und von Wolbergs rasch zu entkräften sind. „Andernfalls wäre dies ein unglaublicher Schaden für diese Stadt – gerade was die Rechtssicherheit in der Stadt-

verwaltung betrifft.“ Nichtsdestotrotz sei er wegen der Ermittlungen „geschockt“, sagte Rieger. „Insbesondere auch wegen der Größenordnung dieser Vorwürfe.“ Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger hielt sich ebenfalls weitgehend bedeckt. „Ich will mich nicht weiter äußern, bevor ich Genau-

eres weiß.“ Er habe gehört, die Spenden seien vom SPD-Ortsverein gestückt worden. Sollte das der Fall gewesen sein, „wäre es natürlich komisch“.

Der Grünen-Landtagsabgeordnete und Regensburger Stadtrat Jürgen Mistol wünscht sich zügige Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, „damit dieser

Vorwurf nicht lange über Regensburg schwebt“. Er schätze es, dass Wolbergs bereits seine Kooperation zugesichert habe. „Nichts Anderes habe ich von ihm erwartet.“ Die Spendensumme, die jetzt im Raum stehe, sei hoch. „Aber das heißt noch nicht, dass hier gegen Gesetze verstoßen worden ist.“